

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Permanente Wirtschaftsexpansion?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1959) : Permanente Wirtschaftsexpansion?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 39, Iss. 10, pp. 552-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132866>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Z E I T G E S P R Ä C H

Preisentwicklung auf den europäischen Märkten

Gespräch zwischen unseren Wirtschaftskorrespondenten

BUNDESREPUBLIK: Sorgen um die Preisstabilität

Hamburg, den 5. 10. 1959

Seit Frühjahr 1958 haben wir uns in der Bundesrepublik einer Preisstabilität, ja auf wichtigen Gebieten sogar eines Rückgangs des Preisniveaus erfreut. Die Lebenshaltungskosten bleiben konstant, die industriellen Erzeugerpreise gingen insgesamt leicht zurück, nur die Baukosten sind auch in diesem Zeitabschnitt nicht ganz zum Stillstand gekommen.

Dieses Gesamtbild verdeckte natürlich eine ganze Reihe gegenläufiger Bewegungen „im Untergrund“. Das ist für eine Marktwirtschaft, in der die Preise maßgebliche Regulierungsfunktionen ausüben, eine Selbstverständlichkeit — die Veränderungen des Preisgefüges spiegeln die unterschiedlichen Bewegungen der „lebendigen“ Wirtschaft, wenn auch keineswegs so vollkommen, wie die geistigen Väter der Marktwirtschaft es sich gewünscht haben.

Seit der Jahresmitte aber ist ein neuer Zug in die Preisentwicklung gekommen. Die Lebenshaltungskosten sind wieder in Bewegung geraten und lagen im August bereits fast 2 % höher als vor einem Jahr. Die Baupreise sind schon etwas früher wieder beschleunigt angestiegen, was mit der schon länger anhaltenden Baukonjunktur, die inzwischen teilweise boomartige Züge angenommen hat, hinreichend erklärt ist. Selbst wenn es über die neuesten Preisbewegungen im Bausektor noch keine indexmäßigen Unterlagen gibt, kann doch an der

Tatsache eines beschleunigten Auftriebs der Baukosten kein ernsthafter Zweifel bestehen.

Steigende Nahrungsmittelpreise

Die Ursachen der neuen Tendenz bei den Lebenshaltungskosten sind unschwer festzustellen. Sie liegen hauptsächlich bei den Nahrungsmittelpreisen. Diese waren im Laufe des Jahres 1958 langsam zurückgegangen und im ersten Halbjahr 1959 praktisch stabil geblieben; seitdem aber sind sie ziemlich kräftig angestiegen. Die Gründe sind bekannt — teilweise schlechte Ernten, besonders an Obst und Gemüse, teilweise „zyklische“ Verknappungen, insbesondere an Schweinefleisch, das sich dementsprechend stark verteuerte. Nach den verfügbaren Unterlagen dürfte die aufwärtsgerichtete Preistendenz in den nächsten Monaten weitergehen, und die Saisontendenz weist in die gleiche Richtung. Ist nun diese steigende Tendenz auf dem Ernährungssektor gleichbedeutend mit weiter ansteigenden Lebenshaltungskosten?

Kein Ausgleich mehr für teurere Dienstleistungen

Der Lebenshaltungskostenindex ist nun einmal das „Thermometer“, an dem die Preistemperaturen im Verbrauchsbereich gemessen werden — nicht zuletzt von den Gewerkschaften. Ein zutreffendes Bild über das, was uns bei der Entwicklung der Verbraucherpreise — und damit u. a. bei den künftigen Lohnforderungen — erwartet wird, erfordert einige grundsätzliche Feststellungen über den Index selbst.

In ihm werden drei Gruppen von Waren- und Dienstleistungspreisen mit im einzelnen recht unterschiedlichen Bestimmungsgründen erfaßt.

Dies ist einmal die Bedarfsgruppe „Dienstleistungen und Mieten“. Die Preise dieser Gruppe stiegen ohne Unterbrechung aus strukturellen Gründen. Diese liegen bei den Dienstleistungen in dem hohen Lohnkostenanteil, der bei ständig steigenden Löhnen seinen Niederschlag in ständig steigenden Preisen findet. Bei den Mieten ist die schrittweise Abkehr von der jahrzehntelangen Mietpreisbindung notwendigerweise mit einem — zumindest vorläufig — kontinuierlichen Anstieg des Mietenniveaus verbunden. Allerdings darf hier nicht die ständige Steigerung der Ansprüche an die Ausstattung und damit auch der Mieten übersehen werden.

Die zweite Gruppe umfaßt die industriell erzeugten Gebrauchsgüter und Verbrauchsgüter. Hier liegen „eigentlich“ die Reserven für Preissenkungen auf lange Sicht, die ausgleichend wirken könnten. Ob sie wirklich voll eingesetzt werden und werden können, erscheint bei unserer heutigen „Wirtschaftsgesinnung“ („Elastizitätspessimismus“ in bezug auf die Preis-Nachfragefunktion, Abschöpfung der Produktivitätserfolge durch Lohn- und Gewinnerhöhungen statt Weitergabe in Preissenkungen) allerdings sehr fraglich.

Die dritte und — mit einem Anteil von über 45 % im Index der mittleren Verbrauchergruppe — weitaus gewichtigste Gruppe stellen die Nahrungsmittelpreise dar. Ihr Sinken hat im Jahre 1958 zumin-

Alle in der Abteilung „Zeitgespräch“ veröffentlichten Beiträge sind freie Meinungsäußerungen von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik und von in- und ausländischen Mitarbeitern. Sie enthalten keine Stellungnahme der Redaktion und sind keine offiziellen Äußerungen der herausgebenden Institutionen.

dest bis zum Herbst allein zur Stabilität der Lebenshaltungskosten geführt, während danach diese „Ausgleichsfunktion“ teilweise den industriell erzeugten Waren zufiel, teilweise aber auch bei den saisonal tiefer liegenden Preisen für Hausbrandbedarf lag.

Und die Industriewarenpreise?

Angesichts der offenbaren Unabwendbarkeit weiter steigender Dienstleistungspreise, Mieten und — wenigstens zunächst — auch noch anziehender Nahrungsmittelpreise müssen wir also mit weiteren Steigerungen der Lebenshaltungskosten rechnen, wenn nicht bei den Preisen der Industriewaren Senkungen kommen, die mehr oder weniger kompensierend wirken. Tatsache ist, daß die zuletzt genannten Preise etwa seit Mai per Saldo nicht mehr gesunken — und neuerdings eher wieder gestiegen — sind, während vorher eine leichte Abwärtstendenz vorgeherrschte hatte. Auch hier ist also eine Änderung des Klimas eingetreten, die angesichts der erheblichen Besserung der konjunkturellen Situation nicht überrascht.

Nichtsdestoweniger ist dieses Faktum nicht gerade ermutigend, wenn man sich die letzte Entwicklung auf der Kostenseite vor Augen hält. Die Rohstoffpreise sind zwar vielfach wieder etwas angestiegen, manche (z. B. Wolle) sogar recht kräftig, und die zunehmende Überstundenarbeit verteuert ebenfalls die Produktion. Dennoch — im Durchschnitt sind die effektiven Stundenlöhne immer noch nur mäßig höher als vor einem Jahr, und die Produktivitätssteigerungen haben — mit 10% im 2. Quartal dieses Jahres — ein außergewöhnliches Ausmaß erreicht. Zudem haben wir heute durchaus noch keine „Verbrauchskonjunktur“. Im Gegenteil, die Verbrauchszunahme ist recht schleppend, worin sich eben die nur mäßigen Einkommenssteigerungen widerspiegeln.

Selbstverständlich ist eine solche Einkommensentwicklung nicht der Boden, auf dem nennenswerte Preissteigerungen gedeihen können — sie würden durch die Nachfrage begrenzt werden. Hinzu kommt die teilweise — wenn auch manchmal als hart empfundene — Konkurrenz

der Einfuhrwaren, nicht zuletzt im Rahmen der wachsenden Verflechtung innerhalb der EWG. Aber alles das sichert uns nur vor größeren Preissteigerungen, bestenfalls vor „durchschnittlichen“ Preissteigerungen, und auch das nur vorerst.

Gefährliche Wechselwirkungen

Die bisherigen Steigerungen der Verbraucherpreise gehen im großen und ganzen nicht auf das Konto des Konjunkturaufschwungs. Außerstenfalls könnte man hier das Aufhören der (durchschnittlichen!) Preisenkungen für industrielle Gebrauchsgüter und Verbrauchsgüter und damit den Fortfall des „Kompensationseffektes“ nennen. Dennoch kann von hier eine Gefahr für die Stabilität der wirtschaftlichen Entwicklung — und damit schließlich für das Wachstum überhaupt — ausgehen. Mit stärkeren Lohnsteigerungen als bisher muß nach so langer Zeit im ganzen maßvoller gewerkschaftlicher Forderungen ohnehin im nächsten Jahr gerechnet werden. (Leider treiben die Gewerkschaften in der Regel — verständlich unter dem Gesichtspunkt vom „Weg des geringsten Widerstandes“ — die Einkommen in der Hochkonjunktur hoch und üben in „flauen“ Zeiten eine Zurückhaltung, über die man im Interesse des wirtschaftlichen Wachstums nicht unbedingt glücklich sein kann.) Steigende Lebenshaltungskosten können nur neue Argumente für hohe Forderungen liefern.

Über die Gefahr, die darin liegt, ist man sich „an höchster Stelle“ im klaren. Die Gespräche Erhards mit Sonnemann und die beruhigenden

Versicherungen des Staatssekretärs, man werde alles tun, was zur Stabilisierung der Nahrungsmittelpreise getan werden könnte (Einfuhr), beweisen es. Daß wir eine sehr starke Verbrauchskonjunktur kaum noch „verkräften“ könnten, ist kein Geheimnis mehr. Ihr Ausmaß aber hängt nicht zuletzt von der Entwicklung der Verbraucherpreise als Argument für Lohnforderungen ab.

Die Verbrauchskonjunktur kommt

Die Verbrauchskonjunktur kommt auf jeden Fall im nächsten Jahr. Lohnerhöhungen auf breiter Front und allgemeine Rentenerhöhungen von fast 6% stehen bevor. Wie wird die Industrie auf massive Lohnerhöhungen und nicht weniger massive Einkommenserhöhungen reagieren, die ihr die Möglichkeit zur Abwälzung von Kostensteigerungen im Preise geben? Das letzte Wort dürfte in dieser Angelegenheit die Notenbank haben. Der erste Warnschuß ist abgegeben. Es wäre ein Wunder, wenn nicht bald weitere folgen würden. Bestimmt werden alle verantwortlichen Organe der Konjunkturpolitik alles tun, um Übersteigerungen entgegenzutreten. Fraglich bleibt aber, ob die Gegenmaßnahmen rechtzeitig kommen, um uns im kommenden Jahre vor Preissteigerungen auch im industriellen Bereich zu bewahren. Auch ohne „Verbrauchskonjunktur“ haben wir schon jetzt Preissteigerungen z. B. für Textilien, Bekleidung und Schuhe. Alles in allem sprechen die jetzt erkennbaren Entwicklungstendenzen eher für steigende als für stabile Preise für industriell erzeugte Waren. (H. J. S.)

FRANKREICH: Starke Preisempfindlichkeit

Paris, den 30. 9. 1959

Es fällt Frankreich nicht leicht, sich von der psychologischen Hypothek einer jahrzehntelangen Inflation zu befreien. Selbst saisonmäßige oder weltmarktbedingte Preissteigerungen werden sofort als Inflationstendenz gedeutet und von spekulativen Kräften über ihr normales Maß hinaus ausgebeutet. Das französische Stabilisierungsexperiment steht nicht zuletzt aus diesem Grunde auf sehr schwachen Füßen.

Die französische Regierung besitzt für ihre Preispolitik nicht die geringste Bewegungsfreiheit, zumal sie einem unmöglichen Lebenshaltungskostenindex geradezu verklavt ist. In willkürlicher Form erfaßt er 179 Artikel und gilt als Barometer für die gesamte Lohnentwicklung, wenn er auch offiziell nur den gesetzlichen Mindestlohn bestimmt. Man gelangt so zu dem wirtschaftspolitischen Widersinn, daß eine vorübergehende Teuerung

der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt oder eine Periode der Trockenheit zu einer allgemeinen Lohn-erhöhung führen und eine wirtschaftlich unberechtigte und rein inflationistische Kaufkraft mit ziemlich automatischen Preissteigerungen schafft, obwohl normalerweise derartige Konjunkturpannen von allen Schichten der Bevölkerung wohl oder übel hingenommen werden müssen. Eine vernünftige Preispolitik dürfte in Frankreich erst dann möglich sein, wenn sich die Regierung endlich von diesem peinlichen Zwangskorsett der auf dem Lebenshaltungsindex basierenden Löhne befreit.

Die Rohstofflage

Nach diesen grundsätzlichen Feststellungen, die zu den Besonderheiten der französischen Lage gehören, können die Preisentwicklungstendenzen in den einzelnen Sektoren erläutert werden. Seitens der Grundstoffe und Halberzeugnisse drohen vorläufig kaum Gefahren. Die Energiepreise wurden am Jahresanfang im Interesse der Rentabilität von Kohlengruben und Elektrizitätswerken ausreichend heraufgesetzt und dürfen inzwischen als verkräftet gelten. Die ebenfalls erfolgte bescheidene Stahlpreiserhöhung, die zunächst von der Industrie als ungenügend hingestellt wurde, scheint nunmehr den Werken zu genügen, teilweise weil sie ihre Produktivität weiter verbessern konnten, teilweise in Anbetracht der auch preislich sehr günstigen Exportmöglichkeiten. Frankreich besitzt andererseits eine außergewöhnlich leistungsfähige Aluminiumindustrie mit einer ergänzenden (teilweise auf die Franc-

Zone gestützte) NE-Metallindustrie, besonders was Blei, Zink und einige Legierungsmetalle betrifft. Es gehört zu den entscheidenden Entwicklungstendenzen der Nachkriegszeit, daß Frankreich sich in der Rohstoffversorgung zunehmend einführunabhängig macht. Bei Textilien werden keine Spannungen gemeldet. Der einzige Störungsfaktor ist Rohleder, dessen Preis in den letzten Monaten sehr stark in die Höhe kletterte und zu einer empfindlichen Verteuerung der Schuhe führte.

Stabilität der Fertigwarenpreise

Der Rohstofflage entsprechend rechnet man bis auf weiteres optimistisch mit der Stabilität der Fertigwarenpreise. Die sich aus der Abwertung und dem Sanierungsprogramm ergebenden Haussefaktoren wurden inzwischen von der verarbeitenden Industrie ziemlich weitgehend berücksichtigt, so daß in dieser Beziehung keine Überraschungen mehr zu befürchten sind. Stärkere Konkurrenz und Modernisierung des Produktionsapparates erzwingen und ermöglichen eine zurückhaltende Preispolitik. Die französischen Fabriken wollen unbedingt europäisch und international konkurrenzfähig bleiben. So gelten möglichst niedrige Preise häufig als Prestigefrage.

Die private Lohnpolitik paßt sich diesem Erfordernis in enger Zusammenarbeit mit den Belegschaften an. In den letzten Wochen wurden die Löhne von der Privatwirtschaft zwar nicht selten um einige Prozent heraufgesetzt, aber stets mit der Gewißheit, daß hierdurch die Preise nicht beeinflußt werden.

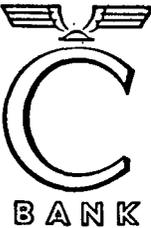
Beunruhigende Nahrungsmittelpreise

Wie oft in der Vergangenheit sind auch jetzt wieder die Nahrungsmittelpreise eine Quelle der Beunruhigung. Natürliche Faktoren wirken hierbei zusammen mit den unglücklichen Auswirkungen eines unrationellen Verteilungsapparats, der selten vor spekulativen Manövern zurückschreckt und seine Preise bereits auf Gerüchte über eine schlechte Produktion in die Höhe setzt. So wurden die Auswirkungen der Trockenheit erheblich übertrieben. Ernstlich betroffen ist hiervon nur die Milchwirtschaft, und dies lediglich vorübergehend.

Neuerdings besteht eine gewisse Aussicht, daß sich im Agrarsektor Preissteigerungen und Verbilligungen einigermaßen ausbalancieren werden, so daß von dieser Seite aus die französische Preisstabilität nicht ernstlich gefährdet wird. Voraussetzung hierfür bleibt aber unabhängig von allen liberalen Grundsätzen die energische Überwachung eines zu egoistischen Verteilungsapparats. Keine Regierung kann es auf die Dauer zulassen, daß die Fleischpreise bei den Erzeugern zurückgehen und bei den Metzgern steigen.

Soziale Forderungen

Durch soziale Forderungen wird das französische Preisgefüge lediglich indirekt bedroht. Wie bereits erwähnt, ist die Privatwirtschaft durchaus in der Lage, ihr Lohnproblem konstruktiv im Rahmen stabiler Verhältnisse zu lösen. Völlig anders ist die Lage im verstaatlichten Sektor und im Beamtenapparat. Die Kohlengruben sind vor-



COMMERZBANK
AKTIENGESELLSCHAFT

DOSSELDORF • FRANKFURT (MAIN) • HAMBURG

In Berlin BERLINER COMMERZBANK Aktiengesellschaft

235 Geschäftsstellen in der Bundesrepublik und in West-Berlin

läufig durch die europäische Kohlenkrise vor Lohnforderungen geschützt. Bei der Eisenbahn gibt es kaum eine Produktivitätsmarge, während die Elektrizitätswerke eine hohe Eigenfinanzierungsrate für ihre Expansion benötigen und aus diesem Grund ihrer Belegschaft nur schwer entgegenkommen können. In noch unglücklicherer Lage befindet sich die Staatskasse gegenüber ihren Beamten. In allen diesen Sektoren muß man fast dauernd mit sozialen Spannungen rechnen. Augenblicklich entscheidet dort das politische Kräfteverhältnis. Eine etwaige Kraftprobe dürfte von der Regierung erfolgreich bestanden werden, was den Arbeitnehmern und Beamten ziemlich klar ist, so daß sie gewisse Schranken bis auf weiteres nicht überschreiten dürften.

Die Lage des Arbeitsmarktes

Die Produktionskapazitäten und das allgemeine Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage gestatten Frankreich andererseits eine weitere gesunde Expansion, nicht zuletzt da ein etwaiger Einfuhrmehrbedarf devisenmäßig unschwer gedeckt zu werden vermag. Günstig wirkt sich in dieser Beziehung auch ein sehr flüssiger Kapitalmarkt aus.

Der einzige echte Engpaß in dieser Beziehung ist der Arbeitsmarkt, der erneut Verknappungserscheinungen zeigt. Eine gewisse Spanne besteht noch in Richtung einer Verlängerung der Arbeitswoche, was sich sozial sofort günstig auswirkt. Vorbeugend beschleunigte die Regierung bereits die Einwanderung. Für die Stellung von Hilfskräften sollte Algerien in stärkerem Maße als in den vergangenen Jahren herangezogen werden können, da sich eine gewisse Entspannung der allgemeinen Lage abzeichnet. Für Facharbeiter müssen aber auch in Frankreich zunehmend höhere Löhne bezahlt werden. Man nimmt allerdings an, daß der Arbeitermangel vorläufig bei weitem nicht die in Deutschland befürchteten Ausmaße annehmen wird, zumal Frankreich einen beschleunigten Abzug aus der Landwirtschaft erwarten darf. Diese innere strukturelle Umstellung wurde 1958 durch die Konjunkturverlangsamung abgebremst, so daß gewisse stille Reserven geschaffen wurden. Man gelangt so zu dem Schluß, daß die Preisstabilität in Frankreich viel stärker spekulativ-psychologisch als sachlich-wirtschaftlich bedingt ist. (fr.)

erhöht, ferner wirkte sich die Heraussetzung vieler Tarife und gestoppter Abgaben aus, die nach dem Kriege anomal niedrig gewesen waren (z. B. Strom, Miete). Für den Rest ist das antiquierte Verteilungssystem Italiens verantwortlich, bei dem erst in letzter Zeit modernere Formen in Erscheinung treten, die einen Preisdruck ausüben, und zwar einen Druck, auf den endlich die Verbraucher reagieren, die bisher nach alter Gewohnheit vor allem bequem im nächsten Einzelhandelsladen ganz kleine Quantitäten kauften, ohne sich nach den preiswerteren Angeboten umzusehen.

Wettbewerbsfähige Großhandelspreise

Völlig anders liegen die Verhältnisse auf der Ebene des Großhandels und der industriellen Produktion. Hier waren die Auslandspreise scharfe Wettbewerber, wobei allerdings die hohen Zollmauern den Druck milderten. In den ersten Nachkriegsjahren begnügten sich viele Industrien mit der Versorgung des Binnenmarktes zu hohen Preisen und kümmerten sich wenig um den Export, für den zu internationalen Preisen produziert werden muß. Im Laufe der Jahre erkannte aber die Schwerindustrie, welche Chancen ihr das internationale Entwicklungsgeschäft bot, und erkannte vor allem die kleine und mittlere Industrie, daß sie — zum Teil auch dank ihres geschmacklichen Vorsprungs — große Exportmöglichkeiten hatte, wenn sie zu annehmbaren Preisen lieferte. So kam es zu dem Phänomen der italienischen „Exportoffensive“ mit einer immer wachsenden Auswahl von Waren, die infolge rationellerer, qualitätsmäßig einwandfreier und geschmacklich hervorragender Fertigung, vielfach auch infolge eigener technischer Entwicklungen einen großen Absatz im Ausland fanden.

Von der Lieferung größter Objekte vom Range des Kariba-Staudamms in Rhodesien oder der Orinoko-Stahlwerke in Venezuela (300 Mill. \$!) bis zu den Stoffen aus Prato, den Damenschuhen, der Konfektion, den Automobilen, Schreib-, Werkzeugmaschinen usw. und bis neuerdings zu den elektrischen

ITALIEN: Fehlende Preispolitik kompromittiert die EWG

Mailand, den 1. 10. 1959

Es ist eine merkwürdige Tatsache, daß sich weder die amtliche noch die private Wirtschaftspolitik in Italien mit der Frage der Preisentwicklung beschäftigt, im Gegensatz zu anderen Fragen, die oft bis zum Überdruß diskutiert werden. Jede neue Regierung, die nach der Stabilisierung der Lira im Herbst 1947 gebildet wurde, gab die feierliche Versicherung ab, sie werde die Stabilität der Lira als einen der wichtigsten Punkte ihres Programms betrachten, ohne sich dann später bei ihrer Ausgabenwirtschaft und Steuerpolitik daran zu erinnern.

Diskrepanz zwischen Großhandelspreisen und Lebenshaltung

Eine Debatte über die Preisentwicklung gibt es gewöhnlich nur dann, wenn bei den stets stabilen Großhandelspreisen in gewissen Abständen die Lebenshaltungs-

kosten allzu große Sprünge machen, ohne daß aber praktische Folgerungen gezogen würden. Eine löbliche Ausnahme von dieser Regel war die Wiederherstellung der freien Betätigung des Großhandels mit Obst, Gemüse, Fisch und Fleisch außerhalb und innerhalb der Großhandelsmärkte zur Herstellung größeren Wettbewerbs und entsprechender Senkung der Verteilerkosten durch ein Gesetzesdekret vom 17. Oktober 1958, das dann im April dieses Jahres Gesetz wurde. Seit 1948, dem ersten Jahr der Währungsstabilität, sind in Italien die amtlich festgesetzten Großhandelspreise nicht nur stabil geblieben, sondern sogar um einige Punkte zurückgegangen, während die Lebenshaltungskosten um 32 % stiegen. Woher diese Diskrepanz?

Bei den Lebenshaltungskosten haben sich im besonderen die Nahrungsmittelkosten um rund 25 %

Haushaltsgeräten aller Art ist die italienische Industrie immer mehr international wettbewerbsfähig geworden. Nach amtlichen Statistiken kostete z. B. ein Meter Baumwollstoff 1950 206 Lire und 1956 160 Lire, Kammgarnwollstoff 3 659 bzw. 3 067 Lire, ein vergleichbarer Landwirtschaftsschlepper 1,31 bzw. 1,22 Mill. Lire, ein kleiner Fiat-Wagen 625 000 bzw. 593 625 Lire, ein Doppelzentner Waschseife 18 000 bzw. 13 200 Lire. Der Großhandelsindex (1938 = 1) für Schuhe fiel in der gleichen Zeit von 48,97 auf 48,37, für Chemiedünger von 50,88 auf 45,92.

Die gleitende Lohnskala

Obwohl durch die Steigerung der Großhandelspreise für Nahrungsmittel besonders der Großhandelspreisindex für Rohstoffe anstieg, ist der Gesamtindex der Großhandelspreise dank der sinkenden Großhandelspreise für Halbwaren und Fertigwaren heute sogar etwas niedriger als vor zehn Jahren. Soweit es sich hierbei um die Industrie handelt, ist diese Entwicklung um so überraschender, weil die nach der Währungsstabilisierung eingeführte gleitende Lohnskala infolge der dauernd steigenden Lebenshaltungskosten die Löhne der Industriearbeiter um 68,3 % hinauftrieb. Mißernten bei Obst, Gemüse oder Oliven führten mitunter zu heftigen Ausschlägen der Lebenshaltungskosten, die sich dank der gleitenden Lohnskala unmittelbar auf die Löhne übertrugen, weshalb jüngst eine Abänderung des Systems der Lohnskalen notwendig wurde, bei dem nur noch langfristige Veränderungen der Lebenshaltungskosten für Lohnveränderungen bestimmend sind. Die italienische Industrie hat es bisher verstanden, die reale Steigerung der Löhne durch Rationalisierung zu kompensieren.

Anpassung an den Gemeinsamen Markt

Seit Beginn der EWG am 1. 1. 1958 sind die Großhandelspreise (1953 = 100) von 102,7 auf 97,4 (Januar—Juli 1959) gesunken, und zwar besonders stark für Rohstoffe (von 110,6 auf 98,7), aber auch für Halbwaren (von 105,8 auf 99,8) und für Fertigwaren (von 100,5 auf 96,3), während die Lebenshaltungskosten noch immer über dem Großhandels-

index liegen, und zwar (1938 = 1) 66,3 im Juli 1959 gegenüber 63,87 im Jahre 1958. Die mit großem Eifer betriebene Einstellung auf den Gemeinsamen Markt führt dazu, daß die italienische Industrie noch mehr als bisher ihre Preise revidiert, da dieser ihr ungewöhnlich gute Exportchancen bietet, die sie z. B. bei der Ausfuhr nach Deutschland (in den ersten 7 Monaten 1959 +13,6%), nach Frankreich (+6,8%) und nach den Niederlanden kräftig zu nutzen versteht. 1958 lag erstmals in der Geschichte die italienische Ausfuhr landwirtschaftlicher Nahrungsgüter

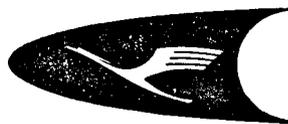
nach Deutschland unter der Ausfuhr von Industriegütern bei einer Gesamtexportsteigerung um 9,2 %.

Gefährdete Preisentwicklung

Dank der großen Arbeitsreserven, der noch ungenutzten Produktionskapazitäten und keineswegs „überhitzter“ Zuwachsraten der Industrieproduktion bestehen von dieser Seite her keinerlei Gefahren für die weitere Preisentwicklung. Aber es gibt andere Gefahren, die sich eines Tages unangenehm fühlbar machen können. Mit seiner Industrieproduktion hat Italien — von hoffnungslos unwirtschaftlich arbeiten-

LUFTHANSA, IHR KONTAKT ZUR WELTWIRTSCHAFT

18 mal wöchentlich bietet LUFTHANSA im Dienste der deutschen Wirtschaft dem Luftreisenden günstige Non-Stop Verbindungen über den Nordatlantik. — 4 Klassen stehen zu Ihrer Wahl: Erste-, Tourist-, Economy- oder der Luxusklassendienst „Senator“, den Sie mit einem 1. Klasse Ticket ohne Zuschlag benutzen können. — 2 mal wöchentlich dient der Nurfracht-Non-Stop-Dienst „Supercargo“ dem Gütertausch zwischen USA und Deutschland. Buchen Sie für Ihren nächsten Flug LUFTHANSA! — Ihr IATA-Reisebüro oder Ihr IATA-Spediteur berät Sie gern.



LUFTHANSA

FÜHREND IM SERVICE AN BORD

165

den Fertigungen vom Staat kontrollierter Unternehmen, besonders auf dem Maschinensektor, abgesehen — den Anschluß gefunden, aber die „Preistreiberei“ des Staates und der öffentlichen Betriebe mit Tarifierhöhungen, mit übersteigerten Monopolpreisen (z. B. Tabak), mit unverhältnismäßig hohen Abgaben für viele Artikel (z. B. Benzin), mit mittelalterlichen Stadtzöllen und die Nichtanpassungsfähigkeit der Einzelhandelspreise drohen immer wieder, die Lebenshaltungskosten und somit die für viele Gewerbezweige geltenden Lohnskalen in Bewegung zu setzen. Ein Außenhandelsministerium bemüht sich in Italien sehr um den Export, ein Industrieministerium fördert — oft allerdings vom Ministerium für die Staatsbeteiligungen

gehemmt — die Privatinitiative, ein Landwirtschaftsministerium ist mit der Umstellung der Landwirtschaft (vom teuren Getreide auf die Viehwirtschaft) beschäftigt, aber es fehlt ein Wirtschaftsministerium, das eine Preispolitik treibt. So wirken in der Tendenz bedenkenlose Staatsausgaben, eine rückständige Warenverteilung, die über die Lebenshaltungskosten die Lohnskalen hinaufreiben — wozu in letzter Zeit noch überspannte Lohnforderungen der Arbeitnehmer kommen —, auf lange Sicht der reibungslosen Eingliederung in die EWG entgegen. Es besteht nur die Hoffnung, daß die weitere Entwicklung des Gemeinsamen Marktes im Laufe der Jahre mit den übelsten Entartungen überalterter Bürokratie (z. B. den Stadtzöllen) aufräumen wird. (SD)

Jahre eine ziemliche Stabilität auf, nämlich 144 im Jahre 1957, 141 im Jahre 1958 und 141 im Juni 1959.

Lebenshaltung und Lohnniveau

Was das Lohnniveau anbelangt, so ist naturgemäß das Niveau der Lebenshaltungskosten von großer Bedeutung, obwohl es den Gewerkschaften in den Niederlanden bisher nicht gelang, das Prinzip der „sliding scale“ zu verwirklichen. In Belgien war dies wohl der Fall. Aber auch für die Niederlande gilt, daß jede fühlbare Steigerung der Lebenshaltungskosten das Lohnniveau in die Höhe treibt, wenn dies auch keineswegs kontraktlich festgelegt ist, während in Belgien eine Indexerhöhung um 5% sich automatisch in den Löhnen, sozialen Unterstützungen usw. auswirkt.

In den Niederlanden blieb der Index der Lebenshaltungskosten in der zweiten Hälfte des Jahres 1957 unverändert auf dem im Monat August 1957 erreichten Niveau. Danach trat im Jahre 1958 und wiederum zu Beginn des Jahres 1959 eine leichte Senkung ein. Infolge des außergewöhnlich trockenen Sommers 1959 ist der Index der Lebenshaltungskosten jetzt jedoch wieder ziemlich rasch gestiegen. Dagegen hat sich der Preisindex für industrielle Konsumgüter und für Dienstleistungen ziemlich stabil gehalten. Die Lebenshaltungskosten weisen jedoch keine derartige Steigerung auf (Jahresindex 1957 119, 1958 122, 1959 121), daß sie eine neue fünfprozentige Lohnerhöhung rechtfertigen, die man jetzt durchsetzen will. Man muß dabei außerdem daran denken, daß im April 1960 auch noch eine Mieterhöhung um 20% durch eine Lohnerhöhung kompensiert werden soll. Dasselbe gilt auch für die Abschaffung der Milchsubventionen. Diese beiden Faktoren zusammen werden die Löhne in den Niederlanden um mindestens weitere 3% hinaufreiben.

Lohnpolitik

Die neuen Lohnforderungen wurden aktuell, weil das Sozialprodukt, das 1958 so gut wie stabil geblieben war, 1959 vermutlich eine Zunahme von über 2 Mrd. hfl aufweisen wird, während man für 1960 eine weitere Zunahme von 2,6 Mrd. hfl erwartet. Seit der Durchführung der so-

NIEDERLANDE: Vorsichtige Lohnpolitik sichert Preisstabilität

Haarlem, den 4. 10. 1959

Nach dem im Jahre 1953 einsetzenden Konjunkturaufstieg, der 1957 etwas abflachte, ist in der niederländischen Wirtschaft jetzt wieder eine neue Expansionsphase eingetreten, in der man bestrebt ist, das Gleichgewicht zwischen dem Volkseinkommen und den Aufwendungen zu erhalten. Dabei hängt nicht nur eine allgemeine, fünfprozentige Lohnerhöhung in der Luft, sondern auch eine Arbeitszeitverkürzung von 48 auf 45 Wochenstunden. Übrigens zeichnet es sich schon deutlich ab, daß man in den meisten Gewerbezweigen letztlich eine 40-stündige Arbeitswoche anstrebt.

Preisentwicklung

Die niederländische Zahlungsbilanz hat sich seit 1956 so stark gebessert, daß man in gewissen Kreisen glaubt, alle diese Forderungen gleichzeitig verwirklichen zu können, falls man vorsichtig genug operiert. Im Jahre 1958 sanken die Einfuhrpreise um ca. 5,5%, während die Ausfuhrpreise eine geringere Senkung erfuhren. Demzufolge besserten sich die „terms of trade“ im Außenhandel um ca. 2%. Das Verhältnis zwischen dem Gesamtwert der Einfuhr und der Ausfuhr konnte sich von 75% (1957) auf 89% (1958) erhöhen. Infolge der inzwischen wiederauflebenden

Industrialisierung steigert sich die Einfuhr jetzt jedoch aufs neue. Im ersten Halbjahr 1959 war das Importvolumen wieder um 12% größer als im ersten Halbjahr 1958.

Ohne Zweifel profitierten die Niederlande in starkem Maße von der ziemlich scharfen Senkung, die die Grundstoffpreise im Vergleich zu den Preisen der industriellen Erzeugnisse erfuhren. Für die Niederlande betrug der allgemeine Preisindex (1953 = 100) für eingeführte Grundstoffe und Halbwaren im Juni 1959 95 gegenüber 99 im Jahre 1958 und 107 im Jahre 1957. Die Großhandelspreise für Nahrungsmittel zeigten jedoch einen abweichenden Verlauf. Zwar senkte sich die Indexziffer (1948 = 100) von 124 (1957) auf 120 (1958), aber Ende Juni 1959 hatte sie sich bereits wieder auf 128 erhöht. Der Index der Großhandelspreise für Grundstoffe war in den Niederlanden bisher jedoch stets rückläufig. Er betrug 1957 177, 1958 172 und im Juni 1959 166. Die Indexziffer der Großhandelspreise für Fertigerwaren zeigt einen bedeutend geringeren Rückgang; sie fiel von 141 (1957) auf 139 (1958) und erreichte im Juni 1959 einen Stand von 138. Im Gesamtbild wies der allgemeine Index der Großhandelspreise in den Niederlanden während der letzten

VEREINSBANK IN HAMBURG

ÄLTESTE HAMBURGER GIROBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 361 061
27 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

genannten „Wohlfahrts-Lohnrunden“ im Jahre 1954 fordern die Gewerkschaften jeweils einen Anteil am wachsenden Sozialprodukt. Da nach den Wahlen im Frühjahr 1959 im Kabinett keine Sozialisten vertreten sind, wollen die Parteien — sofern sie nicht zur Opposition gehören — keine allgemeine Lohnerhöhung auf Grund gesetzlicher Anordnung mehr gewähren. Bekanntlich unterlagen die Löhne in den Niederlanden bisher einer starken staatlichen Kontrolle. Jetzt ist man im Begriff, ein System freierer Lohnbildung einzuführen, in dem die Regierung es im Rahmen der von ihr erlassenen strengen Richtlinien den Vertretern der Wirtschaft (d. h. den organisierten Arbeitnehmern und Arbeitgebern) überläßt, in den verschiedenen Gewerbebezügen zu einem Vergleich zu kommen. Man hofft, daß damit allgemeine lineare Lohnerhöhungen, von denen man eine inflatorische Auswirkung befürchtet, unterbleiben und je nach der Geschäftslage in den verschiedenen Betrieben differenzierte Lohnerhöhungen zustande kommen werden. Diese Lohnerhöhungen dürfen jedoch keineswegs auf die Preise abgewälzt werden.

Man betrachtet die Entwicklung der Löhne und der Preise in den Niederlanden als einen Komplex. Damit beabsichtigt man, latente Produktivitätsreserven zu mobilisieren. Die Gewerbebezüge, in denen sich die Produktivität verhältnismäßig rasch steigern läßt, sollen nämlich gewisse Preissenkungen durchführen. Letztlich kann man nur so eine Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus vermeiden, da die Betriebe, in denen die Produktionslage weniger günstig ist, die notwendigen Lohnangleichungen schließlich doch in ihren Preisen zum Ausdruck kommen lassen müssen. Darum unterliegen alle Betriebe der Vorschrift, das Wirtschaftsministerium

von eventuellen Preissteigerungen sofort in Kenntnis zu setzen und dabei die Gründe anzugeben, die dazu geführt haben.

Expansion und Konzentration

Eine schnelle Expansion, wie sie die Niederlande jetzt durchmachen, kann bei Durchführung von Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung leicht unerwünschte Preissteigerungen zur Folge haben, zumal der Arbeitsmarkt bereits sehr angespannt ist. Man berechnete für das ganze Jahr 1959 eine Arbeitslosenreserve von 90 000, aber Ende August 1959 gab es bereits nur noch 50 000 Beschäftigungslose gegenüber 113 700 im Januar 1959. In manchen Gegenden ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt bereits wieder so gespannt, daß man nur mit großen Schwierigkeiten die offenen Arbeitsplätze besetzen kann.

Man wird jedenfalls auf der Hut bleiben müssen, um zu verhüten, daß die niederländische Wirtschaft hierdurch wieder wie im Jahre 1955 in eine Überhitzung gerät. Soweit es im Bereich einer gesunden Wirtschaftsentwicklung liegt, wird man jedoch die Investitionen ausweiten müssen, sowohl unter dem Aspekt des Gemeinsamen Marktes wie auch der enormen Bevölkerungszunahme.

Der Zwang zu weiterer Expansion im Rahmen des Gemeinsamen Marktes hat auch das Streben nach Konzentration in zahlreichen niederländischen Gewerbebezügen verstärkt. Obwohl die Regierung einsieht, daß Konzentration unter den heutigen Bedingungen unvermeidlich ist, und sie diese Bestrebungen deshalb fördert, achtet sie doch gewissenhaft darauf, daß keine Vereinbarungen getroffen werden, die eine gesunde Konkurrenz vereiteln, und duldet keinerlei Preistreibeien. Die Konjunkturenlage zwingt zu einer fortschrittlichen Kartellpolitik, um zu erreichen, daß Preis-

senkungen, die im Bereich des Möglichen liegen, nicht von Vereinbarungen der Unternehmer durchkreuzt werden. In den Niederlanden würde man es sehr begrüßen, wenn im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft baldigst eine harmonische europäische Kartellpolitik ausgearbeitet werden würde. Soweit ist es jedoch noch lange nicht. Darum befürwortet man eine pragmatische Politik, die sich damit befassen soll, bereits jetzt an Beispielen aus der Praxis zu untersuchen, welche Art der Kartellbildung und welche wirtschaftlichen Machtpositionen mit dem Gemeinsamen Markt zu vereinbaren sind.

Zum Schluß noch eins: Wie groß die Vorteile auch sein mögen, die die Niederlande aus der ziemlich starken Senkung der Grundstoffpreise im Vergleich zu den Preisen ihrer eigenen industriellen Produkte zogen, so stellt man sich doch auf den Standpunkt, daß eine Stabilisierung der Grundstoffpreise wünschenswert ist. Und dies nicht nur, um die Möglichkeit zu haben, die internationale Konjunktur zu regulieren, sondern auch, um auf diese Weise den weniger entwickelten Ländern, die die Grundstoffe liefern, Hilfe leisten zu können. Obwohl die Niederlande drei internationale Preisabkommen — nämlich für Weizen, für Zucker und für Zinn — unterzeichnet haben, ist man hier im Grunde gegen Verträge zur Preisstabilisierung, die in Produktions- und Exportrestriktionen ausmünden. Im allgemeinen bevorzugt man internationale Bestrebungen, die die Förderung des Verbrauchs von Grundstoffen zum Ziel haben. Leider entwickelt sich die internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet nur sehr langsam. Außerdem behindern noch viele technische Schwierigkeiten die Lösung des Grundstoffproblems auf internationaler Ebene. (MHJ)

NORDEUROPA: Besserung des sozialpolitischen Klimas

Stockholm, den 2. 10. 1959

In Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden treten — im ganzen gesehen — seit mehr als zwei Jahren die Preise sowohl im Großhandel als auch im Einzelhandel „auf der Stelle“. Ausgenommen hiervon sind erstens die saisonmäßig bedingten Schwankungen der Lebensmittelpreise und zweitens in Finnland die durch die Devaluation der Finnmark im September 1957 zwangsläufig ausgelösten Steigerungen der Preise auf breiter Front. Höchst bemerkenswert jedoch ist, daß diese Preiserhöhungen in Finnland bedeutend geringer waren, als es durch die Währungsabwertung um rd. ein Drittel bedingt gewesen wäre. Die Gründe hierfür liegen in der international schwächeren Preistendenz während der Jahre 1957 und 1958. Durch sie sind in den übrigen drei Nordländern generell die Preise sogar geringfügig nach unten gezogen worden.

Das Schwergewicht der schwächeren Preistendenz lag in Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden bei den Grundstoffen, in erster Linie also bei Eisen- und Metallerzen, Holz, Zellulose sowie Brennstoffen. Grundsätzlich hat sich durch diesen Trend für alle Nordländer die sogenannte Tauschrelation im Außenhandel in der Berichtsperiode mehr oder weniger verbessert.

Höhere Lebenshaltungskosten und außertarifliche Lohnerhöhungen.

Von dieser allgemeinen Preistendenz etwas abweichend entwickelten sich in Nordeuropa die Lebenshaltungskosten, die während der letzten drei Jahre Steigerungen um zwischen 10% (Norwegen) und 20% (Finnland) aufweisen. Das erklärt sich erstens aus dem erfahrungsgemäß häufig späteren Nachziehen gestiegener Preise im Verhältnis zu den Lebenshaltungskosten, zweitens aus der Einführung neuer Steuern und Abgaben und im Falle Finnlands zusätzlich aus der Währungsabwertung.

Im wesentlichen wurde die Verteuerung der Lebenshaltung in den Nordländern durch höhere Löhne und Gehälter „kompensiert“. Doch ist dabei beachtenswert, daß die

Erhöhung der Einkommen relativ mehr durch das sogenannte „Lohngleiten“ zustande gekommen ist als durch Neufestsetzung der Tarifverträge. Dieses „Lohngleiten“ ist seit Kriegsende unter dem Druck der Hoch- und Überkonjunkturen entstanden und besagt, daß den Arbeitnehmern in vielen Fällen außertariflich Lohnzugeständnisse gemacht werden. Selbst im vorigen Jahre bei an und für sich schwächerer Konjunktur in allen Nordländern ist es ganz ohne „Lohngleiten“ nicht abgegangen, wenn gleich sich das Ausmaß gegenüber früheren Jahren verlangsamt hat.

Sozialpolitische Beruhigung

In der großen Linie ist auf Grund der relativen Stabilität im Bereich der Preise sowie in einem gewissen Umfange auch der Lebenshaltungskosten in den Nordländern an der sozialpolitischen Front in den letzten Jahren eine Art von Ruhelage eingetreten. Diese Feststellung schließt indessen nicht aus, daß in Schweden vor einigen Monaten für alle Arbeitnehmer die obligatorische zusätzliche Pensionsversicherung (die Volkspension gibt es bereits seit Jahren) eingeführt worden ist und daß in allen Nordländern seitens der Gewerkschaften stetig auf eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, auf Gewährung von Ferien und Urlaubstagen und auf eine Verkürzung der Arbeitszeit hingearbeitet wird.

Zwei Tatbestände haben aber auch in dieser Hinsicht einen retardierenden Effekt gehabt: Es darf wohl gesagt werden, daß auch in den Nordländern die Arbeitnehmer von den bekannten inflatorischen Tendenzen der Nachkriegszeit inzwischen mehr als genug haben. Infolge der starken Position, die die Gewerkschaften heute in allen Nordländern einnehmen, sind die inflatorischen Aufblähungen den Arbeitnehmern im wesentlichen zwar stets reichlich rückvergütet worden. Andererseits aber sind die direkten und indirekten Steuern inzwischen an einer Grenze angelangt, an der sich höhere Löhne und Gehälter oft genug als trügerisch erweisen.

Zweitens wollte es in allen Nordländern seit Ende des Jahres 1957 bis vor einigen Monaten mit der Konjunktur nicht so recht klappen. Weit entfernt von einer wirklichen „Krise“ sind die Regierungen in allen Nordländern in den letzten Jahren und in Finnland auch gegenwärtig noch gezwungen, recht bedeutende Mittel für die Arbeitslosigkeit aufzuwenden. Und alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß das trotz inzwischen eingetretener Erholung der Konjunktur noch einige Zeit so bleiben wird. Besonders dieser letztere Sachverhalt hat auch die Gewerkschaften um einiges vorsichtiger gestimmt als zu den Zeiten der Hoch- und Überkonjunkturen.

Im Licht der europäischen Integration

Denn angesichts des Heranrückens der europäischen Integration in Gestalt der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der voraussichtlich Mitte nächsten Jahres in Kraft tretenden EFTA (European Free Trade Association) sowie des immer deutlicher werdenden Vorrückens auch einiger Ostländer am Weltmarkt wird es für alle Nordländer von entscheidender Bedeutung, daß der Produktionsapparat reibungslos funktioniert. Arbeitslosigkeit, überhöhte Kosten (auf Grund eventueller inflatorischer Entwicklungen) und eine hierdurch unter Umständen verursachte ungenügende Ausnutzung des Wirtschaftspotentials wären nur dazu angetan, die Position gegenüber der EWG zu verschlechtern und gegenüber der EFTA von vornherein zu gefährden.

Es ist bezeichnend, daß die Gewerkschaften Dänemarks, Norwegens und Schwedens (Finnlands „Beteiligung“ an der EFTA ist vorläufig unklar) sich mit den Gewerkschaften der übrigen EFTA-Länder, also Großbritanniens, Österreichs und der Schweiz, bereits in Verbindung gesetzt haben, um — wie zu vermuten ist — allmählich auf eine gemeinsame Linie der künftigen Politik zu kommen. Schließlich wird allgemein anerkannt oder auch eingesehen, daß gerade die europäische Integration nur dann Erfolg haben wird, wenn es gleichzeitig gelingt, die Volkswirtschaften aller

Nordländer noch mehr auszubauen beziehungsweise auf zusätzliche Spezialisierung der Produktion hin umzubauen.

In diesem Fragenkomplex sind viele und schwierige Probleme enthalten, die der Lösung bedürfen und die durch Überspitzung der sozialpolitischen Wünsche niemals

gelöst werden könnten. Da sich die Nordländer im allgemeinen schon seit langem eines vergleichsweise hohen Lebensstandards erfreuen, besteht Grund zu der Vermutung, daß die nächsten Jahre im Zeichen einer ruhigeren verantwortungsbewußten Gewerkschaftspolitik stehen werden. (dt.)

ENGLAND: Expansion und Preisstabilität Hand in Hand

London, den 5. 10. 1959

Steigende Preise und Löhne gehörten vor nicht so langer Zeit in England zu den dringendsten und umstrittensten Wirtschaftsproblemen. Wer war für die Inflation verantwortlich? Nutzten die Gewerkschaften die übervolle Beschäftigung zu übermäßigen Lohnforderungen aus? Oder trieben die Unternehmer, einer scheinbar unerschöpflichen Nachfrage gewiß, die Preise — und damit Lebenshaltungskosten und Löhne — in die Höhe? Wer hatte die Lohn-Preis-Spirale in Bewegung gesetzt?

Inzwischen ist die Preisbewegung zum Stillstand gekommen. Zum erstenmal seit vielen Jahren blieben die Lebenshaltungskosten, Einzel- und Großhandelspreise, einschließlich der industriellen Grundstoffe und Halbwaren, über ein Jahr lang unverändert, und dies, obwohl die Produktion zum erstenmal seit mehreren Jahren wieder ansteigt, die Arbeitslosigkeit (abgesehen von einzelnen Bergbau- und Textilrevieren) niedrig bleibt und die Löhne immerhin etwas höher liegen als vor einem Jahr.

Der Weg zur Stabilisierung . . .

Zwar war der Appell des Schatzkanzlers an die Geschäftswelt, doch ihre Preise nach Möglichkeit zu senken, genauso erfolglos wie ein früherer Versuch der Regierung, durch Gesten und Reden ein stabiles Preisplateau zu errichten. Aber billigere Importe, vor allem von Roh- und Brennstoffen, bei im ganzen unverändert niedrigen Nahrungsmittelpreisen, zusammen mit den Rationalisierungsmaßnahmen während der Vorjahre, haben die britische Industrie instand gesetzt, die leichten Lohnerhöhungen ohne Gewinnbeeinträchtigung zu absor-

bieren, anstatt sie wie früher über den Preis auf den Verbraucher abzuwälzen.

Das war für viele Unternehmen ein wohlthuender Unterschied gegenüber dem vorigen Jahr, in dem die Einfuhrpreise stärker gefallen waren, ihre gesamten Rohstoffkosten parallel dazu zurückgingen, aber ihre Gewinne trotzdem teilweise beträchtlich sanken, obwohl die Großhandelspreise für Fertigwaren im ganzen stabil blieben und die Einzelhandelspreise noch weiter stiegen. Die Durchschnittslöhne waren im vorigen Jahr noch um 3,5—4 % heraufgegangen, nur etwas mehr als die durch erhöhte Mieten geschwellenen Lebenshaltungskosten. Ihr Realwert hatte sich also nicht erhöht (auch 1957 hatte er sich kaum verbessert), während er im laufenden Jahr einige Punkte höher liegt, ohne daß die Wirtschaft oder der Verbraucher dafür zu zahlen haben.

. . . bei glücklichen Umständen

Es liegt auf der Hand, daß dieser Umstand das ökonomische Denken der Wirtschaftspartner entscheidend beeinflussen mußte. Nachdem die Gefahr weiterer Inflation vorerst gebannt und die Stagnation der Produktion überwunden ist, besteht Einmütigkeit darüber, daß Expansion und Preisstabilität Hand in Hand gehen können, wobei Stabilität die Voraussetzung der Expansion ist, wie die konservative Regierung bemerkt, und Expansion die Bedingung für weitere Stabilität ist, wie die Opposition betont. Beide wissen aber, daß die Stabilität von Preisen und Währung zum guten Teil glücklichen Umständen — niedrigen Weltmarktpreisen für Rohstoffe und der Schwäche des Dollars — zuzuschreiben ist. Kredit-erleichterungen, Steuersenkungen

und ähnliche expansive Maßnahmen nach einer längeren Konsolidierungspause waren die zögernde und keineswegs verfrühte Reaktion auf einen Konjunkturschwung, der seine Triebkräfte außerhalb des Landes hatte, allerdings die englische Wirtschaft nicht hätte befruchten können, wenn die antiinflationären Beschränkungen, z. B. des Konsumkredits und der Kapitalinvestition, nicht hätten aufgehoben werden können.

Weitere Expansion bei weiterer Rationalisierung

Wie dem auch sei, unterscheidet sich die gegenwärtige Wirtschaftslage in England vorteilhaft von früheren Jahren. Regierung, Industrie und Gewerkschaften sind sich darüber einig, daß eine weitere Wirtschaftsexpansion nicht nur möglich und nützlich, sondern sogar notwendig ist, wenn die günstigere Lage des Konsumgüter- und Ausfuhrmarktes die bislang noch zurückbleibende Investitionstätigkeit und Kapitalgütererzeugung anspornen und eine Rückkehr inflationären Preisauftriebs als Folge unzureichender und unökonomischer Produktionskapazitäten vermieden werden soll; denn wenn auch die steigenden Preise und Produktionskosten der vergangenen Jahre hauptsächlich auf überhöhte Lohnforderungen der Gewerkschaften und ungenügenden Widerstand der Arbeitgeber zurückzuführen sind, so ist es durchaus nicht ausgeschlossen, daß bei weiterer Ausweitung der heimischen Nachfrage und der Exportnachfrage nach Konsumwaren die sich dann möglicherweise bald ergebenden Engpässe in der Halbzeug- und Kapitalgüterproduktion erneut eine inflationäre Situation schaffen. Das wäre eine „pull inflation“ von der Nachfrageseite aus und keine „push inflation“ von der Kostenseite her; aber das Resultat wäre das gleiche.

Eine Expansion — und in zweiter Linie eine Rationalisierung — der dem Konsum nur indirekt dienenden Industrien ist deshalb unter den in England obwaltenden Umständen konjunkturpolitisch dringend erforderlich, und wenn die von den Dauerkonsumgütern ausgehenden Impulse verstärkt und beschleunigt werden sollen, so geschieht

dies wohl am besten durch geld- und steuerpolitische Maßnahmen sowie durch stetige Förderung des Außenhandels, vor allem auch mit den unterentwickelten Ländern.

Die Gefahr, daß eine gedeihliche Entwicklung durch überhöhte Arbeitnehmerforderungen beeinträchtigt wird, besteht indessen noch immer, und zwar gerade in den voll ausgelasteten kapitalintensiven Industriezweigen — insbesondere im Maschinen- und Kraftfahrzeugbau —, von denen konjunkturell so viel abhängt und in denen die Beziehungen zwischen Betriebsleitungen und Gewerkschaften unter gegenseitigem Mißtrauen leiden. Die Gewerkschaften in diesen Industriezweigen haben gerade erst wieder neue Forderungen für erhebliche Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung erhoben, die die Produktionskosten nach Arbeitgeberberechnungen um 13% erhöhen würden. Sie haben diese Forderungen mit der steigenden Produktivität begründet.

Verhängnisvolle Methoden im Lohnkampf

Daß die Arbeitnehmer berechtigt sind, an steigender Produktivität und Prosperität ihrer Industrie teilzuhaben, wird nicht bestritten. Die Anregung, daß ihnen ein regelmäßiger Anstieg des Realwertes ihrer Löhne grundsätzlich zugestanden und nach Möglichkeit garantiert werden sollte, kam aus Arbeitgeberkreisen, fand allerdings wenig Anklang. Aber es liegt auf der Hand, daß übermäßige Forderungen, wie sie von den Gewerkschaften oft aus taktischen Gründen gestellt werden, und die von ihnen mitunter angewandten militanten Mittel sowie ihre Abneigung, ihrerseits durch Aufgabe restriktiver und veralteter Arbeitsmethoden zur Hebung der Produktivität beizutragen, gerade dann schaden müssen, wenn es gilt, eine stetige und allgemeine Expansion zu sichern und rationelle Produktionskapazitäten für einen größeren wirtschaftlichen Erfolg zu schaffen.

Die öffentliche Meinung in England steht deshalb den Gewerkschaften zur Zeit recht kritisch gegenüber. Die Kritik richtet sich nicht gegen das Ziel der Gewerkschaften, den Lebensstandard ihrer

Mitglieder zu heben, sondern gegen ihre Methoden, gegen unnötige und unberechtigte Streiks, gegen die Austragung zwischengewerkschaftlicher Konflikte auf Kosten der Wirtschaft und des Verbrauchers, gegen die brüske Ablehnung von Schiedsverhandlungen, gegen die Forderung von Arbeitszeitverkürzungen, wenn es ihnen in Wirklichkeit nur auf höheres Überstunden-geld ankommt.

Die britischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen — das hat die inflationäre Entwicklung der Jahre 1955 bis 1958 klar gezeigt — ihre Methoden von Grund auf revidieren. Sonst müßte der Staat in seiner Konjunkturpolitik wieder zu den restriktiven Mitteln greifen, die in den vergangenen Jahren zwar das Preisniveau stabilhielten, aber gleichzeitig den Produktionsanstieg jäh unterbrechen. (A)

Permanente Wirtschaftsexpansion?

Durch die Zyklen-theorien der Konjunkturforscher ist es uns in Fleisch und Blut übergegangen, daß die langfristige Wirtschaftsentwicklung aus Wellentälern und Wellenbergen des konjunkturellen Ablaufs gebildet wird, in dem sich expansive und kontraktive Kräfte ablösen. Damit hatte man die permanente Wirtschaftsexpansion ins Reich der Illusionen verwiesen. Man konnte sogar auf Grund empirischer Forschung mathematisch den Beginn neuer Krisen und neuer Aufschwünge im voraus berechnen. Diese theoretischen Erkenntnisse waren zu einer Binsenwahrheit geworden, aber alle Binsenwahrheiten sind verdächtig. Man hatte einer abstrakten Konstruktion, die man „Wirtschaft“ nannte, eine autonome Gesetzmäßigkeit zugesprochen, der sich die Menschen zu beugen hatten und deren Auswirkungen sie in Erkenntnis dieser Automatik bestenfalls abschwächen könnten.

So taucht auch heute wieder die verängstigte Frage auf: „Kann das denn so weitergehen?“ Man meint damit wohl den allgemeinen Wirtschaftsaufstieg, ohne sich genaue Rechenschaft darüber abzulegen, was man dabei gerade im Auge hat. Man denkt dabei etwas verschwommen an die Vollbeschäftigung, an die Lohnerhöhungen, an die Steigerung der Nachfrage, an die Höhe der Aktienkurse, an die Steigerung der Preise, an die Erhöhung der Gewinne usw. Jedenfalls vermischt man in diesem Bild der Wirtschaftsexpansion ohne Bedenken spekulative und produktive Erscheinungen. Das sollte man aber in der Fragestellung sorgfältig trennen.

Außer dem Märchen vom autonomen Konjunkturzyklus gibt es nichts, was gegen die Aufrechterhaltung einer permanenten Wirtschaftsexpansion sprechen könnte. Im Gegenteil, diese permanente Wirtschaftsexpansion ist das Normale. Sie ist bedingt durch das anhaltende Wachstum der Bevölkerung, die Erhöhung der Lebensansprüche, den stetigen technischen Fortschritt. Das wirtschaftliche Wachstum mag sich verzögern oder beschleunigen, es brauchte nie rückläufig zu sein.

Die Zyklen-theorie ist eine Theorie der Fehlinvestitionen, und die Fehlinvestitionen sind vorwiegend spekulativen, nicht produktiven Charakters. Der Zusammenbruch von Börsenkursen verändert niemals das wirtschaftliche Potential. Die Wirtschaft arbeitet für den Menschen, und die wirtschaftlichen Entscheidungen werden von Menschen getroffen. Die Erfahrungen aus der konjunkturpolitischen Vergangenheit sollten heute ausreichen, um jeden wirtschaftlichen Rückgang größeren Stils zu verhindern und das Mythos von der autonomen Automatik der Wirtschaft zu zerstören. Wenn ein Mensch erkrankt, wartet er auch nicht auf die selbstheilenden Kräfte seines Körpers, die zweifellos vorhanden sind, sondern er geht zum Arzt und läßt sich entsprechende Heilmittel verschreiben, ohne daß er befürchtet, damit seine individuelle Freiheit aufgeben zu müssen. Wir verfügen über ausreichende wirtschaftspolitische Heilmittel und sollten nicht aus Sorge vor einer unentrinnbaren Krise die für die weitere Expansion notwendigen Investitionen scheuen. Allerdings muß mit Sorgfalt darauf geachtet werden, daß die wirtschaftspolitischen Heilmittel richtig dosiert werden. Man darf nicht die Expansion und Vollbeschäftigung um jeden Preis fordern. Das Gleichgewicht von Produktion und Konsum muß unter Ausschaltung der spekulativen Kräfte auf jeden Fall gewahrt bleiben. (sk)